

**Peter Schyga**

**Harzburger Front 1931:**

**Die Mitte und der Rechtsextremismus<sup>1</sup>**

Als ich darüber nachdachte, was ich heute erzählen soll, fiel mir eine Begebenheit ein. Vor fast genau zwei Jahren hatte ich mit Herrn Ludwig Hoffmann ein kleines anregendes Gespräch. Wir trafen uns bei der Eröffnung der stationären Version dieser Ausstellung in der Wandelhalle in Bad Harzburg. Nach dem anstrengenden Einführungsprogramm meinte er bei Sekt und Selters, das Betrachten der Ereignisse vom Oktober 1931 zeige klarer, wie es zur Machübernahme der Nationalsozialisten kommen konnte. Auch sei es für ihn und andere, die sich in der Gegenwart mit dem Rechtsextremismus auseinandersetzen müssten, frappierend, welche ideologische und programmatische Nähe dieser Kräfte zu den Wegbereitern der Nazis damals hätten.

Dies Lob hörte ich gern, es schmeichelte auch, das gebe ich offen zu, denn genau dies wollen wir mit der Ausstellung erreichen: Wir haben den Anspruch, über die Darstellung und Kommentierung von Geschichte die Sinne für politisches Urteilsvermögen in der Gegenwart zu schärfen.

Ich werde heute also nicht die Ausstellung referieren, das wäre ja per se langweilig und ermüdend. Ich werde einen Aspekt ihres Gehalts näher betrachten, indem ich die treibenden Kräfte, die damals in Bad Harzburg beteiligt waren, näher untersuche.

Zu dieser Entscheidung haben mich auch die äußeren Umstände dieser Veranstaltung bewogen. Zum einen weiß ich um das Ringen gegen den Rechtsextremismus heute in dieser Stadt und in der Region. Es liegt also besonders nahe, Bezüge der Geschichte zu heute herzustellen, ohne in phrasierende Analogien zu verfallen. Zum anderen wird die Ausstellung mit dem Titel im „Gleichschritt zur Diktatur“ hier in Wernigerode im Rahmen der örtlichen Erinnerungs- und Gedenkaktivitäten zum 27. Januar 1945, dem Tag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz, gezeigt. Damit wird ein terminlich-formaler Zusammenhang zwischen 1931 und Auschwitz hergestellt, der sich inhaltlich nicht unbedingt sofort erschließt, über den es also nachzudenken lohnt.

Ganz gewiss standen die zentralen Elemente von nationalsozialistischer Politik ab 1933 – totalitäre Unterdrückung, Völkermord, Vernichtungskrieg und Ausrottung der Juden Europas – nicht am Horizont der allermeisten Menschen, die in dieser Weimarer

Zeit lebten – wohl auch nicht der Mehrheit der Teilnehmenden an Aufmarsch und Kundgebung. Dennoch halt ich es für völlig legitim und im Rahmen zeitgeschichtlicher Diagnose für fruchtbar, über diesen Zusammenhang nachzudenken. Deshalb werde ich die Akteure nicht nur als Individuen, sondern auch als politisch-soziologische Kategorie in den Blick nehmen.

Damit, so der weitere Schritt meines öffentlichen Nachdenkens, erreicht man bei Beachtung der konkreten Situationen eine Stufe von Abstraktion, die es möglich macht, Motivations- und Handlungsfelder in der Politik zu erfassen, die ein Lernen aus der Geschichte zu ermöglichen.

Die Terror- und Vernichtungsdynamik startete nicht in Bad Harzburg, doch ihre Wurzeln waren hier geerdet, die inneren Triebkräfte ihrer Akteure wurden hier geweckt. Die heiligen Schwüre mörderischer NS-Politik lassen sich bis hierin verfolgen. Den NS-Geboten „Du sollst deinen Führer ehren und ihm gehorchen“, „Du sollst falsch Zeugnis reden wider dem Anderen“, „Du sollst stehlen und rauben“, „Du sollst deinen nächsten, der anderer Meinung ist als du, denunzieren, zerstören, wegsperren oder vertreiben lassen“ bis hin zu Himmlers Gebot „Du sollst töten“ folgten bald die Massen.

Hier wurde der Knoten gelöst, der latente Einstellungen und Ansichten im Privaten, am Stammtisch, im Kriegerverein, bei irgendwelchen Weihen gefangen hielt. Bad Harzburg bewirkte, dass schwelende antidemokratische und antirepublikanische Einstellungen und Verhaltensmuster sich Raum verschaffen konnten hin zur bedingungslosen Unterstützung der Nationalsozialisten.

Der große Zeitgeschichtsschreiber Arthur Rosenberg, vom Fach Althistoriker, kritischer Zeitgenosse, Politiker der USPD, dann der KPD bis zu seinem Austritt 1927<sup>2</sup>, schrieb in seinem Buch *Die Geschichte der Weimarer Republik* über die „Stützen der Gesellschaft“ – rufen Sie sich bitte das berühmte Bild von George Grosz für das folgende Zitat in Erinnerung:

„In den Jahren 1924 bis 1928 haben die deutschen Mittelklassen, ebenso die Angestellten und Beamten, die den bürgerlichen Parteien angehörten, sich im Allgemeinen die Republik gefallen lassen. Sie hatten nichts gegen die Weimarer Republik, solange in Deutschland unter dieser Staatsform Ruhe und Frieden herrschten und man einigermaßen den Lebensunterhalt verdienen konnte. Die Abgeordneten der

Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen behielten im Allgemeinen die Stimmen ihrer Wähler, auch wenn sie im Parlament für Regierungskoalitionen und den Dawesplan eingetreten waren. Damit waren jedoch die deutschen Mittelschichten ebenso wenig wie die Kapitalisten zu überzeugten Anhängern der Demokratie und der Republik geworden. Bei jeder ernststen Krise waren sie bereit, der demokratischen Republik den Rücken zu kehren.“<sup>3</sup>

Der Mittelstand, die Mittelschicht, die Mittelklassen, wie immer wir die Teile der Bevölkerung bezeichnen, die zwischen beiden Hauptklassen standen – die damals soziologisch noch ziemlich genau zu definieren waren –, wollten sich nun zunehmend weder Weimar noch eine Republik überhaupt „gefallen lassen“ – wie es Rosenberg so trefflich formulierte. Die Wahlergebnisse der Jahre nach 1928 geben über diesen Bruch in den politisch artikulierten Einstellungen Aufschluss:

Die NSDAP hatte bei den Reichstagswahlen v. 14. September 1930 18,3 % der Stimmen erhalten, sie saß mit 107 Abgeordneten im Reichstag. Die Stimmen und Abgeordnetenzahl der DNVP hatte sich fast halbiert (7,0%, 41 Abgeordnete).

Am 10. April 1932 stimmten 36,8% der Wählerinnen und Wähler gegen die Ikone deutscher Herrlichkeit, Hindenburg, für einen Reichspräsidenten Hitler und ein Jahr später bei den Wahlen zum 6. Reichstag gaben ihm 37,3% der Wahlbevölkerung die Stimme. Das waren 13,75 Millionen Menschen, zusammen mit den 2,17 Millionen DNVP-Wählern also fast 15 Millionen bei 37 Millionen abgegebenen Stimmen. Nur 4 Jahre zuvor, bei den Reichstagswahlen im September 1928, hatte die Hitlerpartei etwas über 810.000 Stimmen erzielt, die DNVP 4,4 Millionen.

Dazwischen lag Bad Harzburg. Was wollten die Teilnehmenden – dies waren nur einige Tausend, die aber Millionen Anhänger im Reich repräsentierten – eigentlich? Was waren ihre Ziele, ihr Ansinnen, ihre Motive, ihre Antriebskräfte? Welcher Bilder und Vorstellungen von ihrer damaligen Gegenwart und Zukunft herrschten vor?

Was sie wollten, haben sie in der „Resolution von Bad Harzburg“ formuliert. Sie wollten eine Diktatur der Volksgleichen bei politischer Vernichtung des Anderen, die ohne Bedenken auch physischer Natur sein konnte. Sie wollten eine Zerschlagung des Rechts und der politischen und sozialen Kultur der Aufklärung und Moderne. Sie wollten die Herstellung deutscher Größe durch die Revision der Ergebnisse des 1. Weltkriegs.

Wir haben diese Akteure in der Ausstellung als Täter gekennzeichnet, als Täter, die die Zerstörung von Republik und Demokratie aktiv betrieben, als Täter, die sich zur auch gewaltsamen Durchsetzung ihrer Ziele bekannten. Die Resolution von Bad Harzburg formulierte die *Selbstermächtigung* einer radikalen Minderheit, eine Selbstermächtigung, die mit jedem Propagandaerfolg, jeder Wahl in Kommunen und Provinzen zunehmend in aggressive, machthungrige Hybris hineinwuchs.

Ich möchte diese hier im Zugriff auf den Text der Resolution<sup>4</sup> noch einmal kurz zusammenfassen:

Ziel der Politik sei die Stärkung der „blutsmäßigen Verbundenheit des deutschen Volkes“ in einem „starken Staat“, der „die zur Herbeiführung einer wahren Volksgemeinschaft notwendigen sozialen Maßnahmen durchführen“ müsse. Den „Klassenkampf“ gelte es nieder zu halten, den „Kulturbolschewismus“ auszuschalten und den „Blutterror des Marxismus“ zu bekämpfen, der „politischen, wirtschaftlichen und militärischen Entmannung Deutschlands“ durch die „Regierungen und Staatsapparate“ der Gegenwart entgegenzutreten. Auch wenn das Wort „Judenrepublik“ nicht fiel, war der aggressive Antisemitismus dieses Pamphlets gegenwärtig. Denn ein Begriff wie „Kulturbolschewismus“ meinte die kritische jüdische Intelligenz im Kulturbetrieb, hinter der Floskel von der Stärkung der „heimischen Wirtschaft“ bei Zurückweisung „weltwirtschaftlicher Utopien (und) einer Politik der Unterwürfigkeit dem Ausland gegenüber“ steckte das Feindbild vom jüdischen Weltfinanzkapital. Die Resolution ging über die von Seiten der Rechtsnationalisten bislang verbreiteten Schmähungen der Republik und ihrer Repräsentanten hinaus. Sie sagte ihnen den Kampf an – auch die bewaffnete Aktion. Den Versammelten war es mit dem Sturz der Reichsregierung Brüning und der sozialdemokratisch geführten Regierung Braun in Preußen ernst. So hieß es:

„Im vollen Bewusstsein der damit übernommenen Verantwortung erklären wir, dass die in der nationalen Opposition stehenden Verbände bei kommenden Unruhen wohl Leben und Eigentum, Haus, Hof und Arbeitsstelle derjenigen verteidigen werden, die sich mit uns offen zur Nation bekennen, dass wir es aber ablehnen, die heutige Regierung und das heute herrschende System mit dem Einsatz unseres Blutes zu schützen.“

Um ihren Gewaltcharakter und das Monströse ihres Vorhabens zu unterstreichen „verlangen (wir) von allen Volksgenossen Pflichterfüllung und Opfer.“ In Kenntnis der Tatsache, dass sich die Rechte prinzipiell als Opfer des „Systems“ sah, schon das Vorhandensein von Republik und Demokratie als persönliche und nationale Verletzung und Erniedrigung gebrandmarkt wurde, die man nicht opferwillig hinnehmen könnte, ging die Willenserklärung von Bad Harzburg über die Rechtfertigung schon lang praktizierter Gewalttaten als angebliche Notwehrmaßnahme hinaus: Sie rechtfertigte Gewalt als Mittel „nationaler“ Politik. Damit erhielten Hitlers Sturmabteilungen, die effektivsten Truppen des rechten Straßenterrors, den Blankoscheck, den sie schon eine Woche später mit dem Marsch der 100.000 in Braunschweig demonstrativ einlösen sollten.

Die Bedeutung des Treffens von Bad Harzburg lag dabei nicht etwa in der Gemeinsamkeit des Schwurs gegen Weimar. Diese Einheit gab es so nicht, weshalb der Tag von Harzburg in der Geschichtsschreibung oft gering geschätzt wird, weil er – eine eher hintergründige Erwartung der Historiografie als tatsächliche Absicht –, die Einheitsfront von Rechts nicht hergestellt hat. Die Bedeutung lag in der Formulierung eines gemeinsamen Willens, die es Hitler und der NSDAP ermöglichten, in hohem Maße das Potenzial an noch unartikulierten Republikgegnern auf ihre Seite in der Fraktion der Republikfeinde zu ziehen.

Harzburg bewirkte zudem einen strategischen Mobilisierungsschub der Tat zugunsten der NSDAP und zwar dort, wo es drauf ankam – auf dem Land, in der Provinz. Im Zentrum Berlin tönte zwar Gauleiter Goebbels, dort gab es auch zuhauf die aufmerksam beobachteten Straßenschlachten, doch das Deutsche Reich war in dieser Zeit ein agrarisch-handwerklich-gewerblich-orientiertes Land mit einigen wenigen industriellen und damit auch proletarisch dominierten Zentren. Im Weser-Emsgebiet, im Land Schaumburg-Lippe, dem westlichen Schleswig-Holstein, im Lüneburger Land, in Thüringen, dem heutigen Brandenburg, um nur den norddeutschen Raum zu betrachten<sup>5</sup>, hatte die NSDAP schon 1930 Wahlmehrheiten erzielt. Ab 1931 regierte sie in Braunschweig und Erfurt mit. Der Einfluss der NSDAP und ihres agrarpolitischen Apparates unter der Leitung von Richard Walther Darré, dem späteren Führer des Reichsnährstands und Agrarminister, war seit den Protesten des Landvolks von 1928 auf dem Land so stark gewachsen, dass nach Harzburg der

direkte Zugriff auf die deutschnational geprägte Führung des Reichslandbundes, einer hoch einflussreichen Lobbyorganisation, möglich wurde.

Unmittelbar nach Harzburg, im Dezember 1931, setzte Richard Walther Darré, Chef des agrarpolitischen Apparates der NSDAP und späterer Reichsbauernführer und Agrarminister, die Aufnahme seines Stellvertreter Werner Willikens in den Vorstand des Reichslandbundes durch. Das war mehr als ein formaler Akt, mehr als eine Personalentscheidung, es war der Einstieg in die Dominanz dieses einflussreichen Verbandes – ein politisch deshalb bedeutsamer Vorgang, weil die von Darré ausgedachte NS-Ideologie des urdeutschen Arierbauern als zentrales Glied völkischer Gemeinschaft nun ein reichsweit repräsentatives Gremium besetzt hatte.

Den Millionen Antirepublikanern offerierte die NS-Bewegung eine Vision, ein besonderes Angebot, nämlich eine Ideologie, ein aus Bildern, Mythen, Ängsten geflicktes Welt- und individuelles Selbstverständnis, das in politische Tat umgesetzt werden sollte. Die in Mobilität, Aufmarsch, Radikalität von der NSDAP demonstrierte Stärke versprach Tatkraft und energiegeladene Umsetzung von Mittelstandsträumen.

Es ging um eine Ideologie, die viele Wurzeln im besonderen deutschen Weg in die Moderne hatte, es ging um eine Weltanschauung, deren Kern Ausgrenzung und innerer Zusammenschluss war oder, mit einem Begriff aus der neueren Soziologie gesprochen, die getragen wurde von der Einstellung einer gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Die NS-Ideologie zog Menschen an, die eine autoritäre Harmonie von Gemeinschaft wollten, sie war attraktiv weil sie Tatendrang verkörperte und die Chance zum Mittun bot.

Ein Zeitgenosse zeichnete wenige Wochen vor dem 30. Januar 1933 das Charakterbild der Anhänger und Förderer der NS-Bewegung:

„Die Hitlerpartei betont gern ihre Andersartigkeit, und sie darf in der Tat nicht mit hergebrachten Normen gemessen werden. Würde sie heute jäh in Atome zerspringen, so bliebe doch das Faktum bestehen, dass sie noch vor kurzem fünfzehn Millionen Wähler gefunden hat. Sie muss also nicht nur einem politischen Bedürfnis sondern auch einer speziellen deutschen Gemütslage entsprechen. Ihre Brutalität, Großmäuligkeit und Hirnlosigkeit haben nicht abschreckend, sondern anziehend gewirkt und bedingungslose Gefolgschaft gefunden. Das bleibt eine nicht leicht zu beseitigende Tatsache.

Die Nationalsozialistische Partei hat für fünfzehn Millionen Deutsche genau das erfüllt, was sie sich unter einer politischen Partei vorgestellt haben. Niemals ist das deutsche Bürgertum in einem Säkulum so ehrlich gegen sich gewesen wie in diesen paar Jahren nationalsozialistischen Wachstums. Da gab es nicht mehr intellektuellen Aufputz, nicht mehr geistige Ansprüche, nicht mehr akademische Fassade reicherer Jahrzehnte. Der ökonomische Zusammenbruch hat die innere Rohheit, die plumpe Geistfeindlichkeit, die harte Machtgier bürgerlicher Schichten – Eigenschaften, die sich sonst halb anonym hielten oder in private Sphäre ableiteten – offen bloß gelegt. ... Der große völkische Führer mit dem Äußern und den Allüren eines Zigeunerprimas mag seine Saison haben und mit dieser abblühen. Was er an bösen und hässlichen Instinkten hervorgerufen hat, wird nicht so leicht verwehen und für lange Jahre noch das gesamte öffentliche Leben in Deutschland verpesten.“<sup>6</sup>

Gewiss, diese letzten Sätze in einem Aufsatz Carl von Ossietzkys vom 3. Januar 1933 klingen in ihrer Prognose heute merkwürdig. Das liegt aber nur daran, dass sich zur Jahreswende 1932/33 kaum jemand außerhalb der Führungsriege der Nationalsozialisten vorstellen konnte, welchen Terror diese Bewegung sofort flächendeckend ausüben sollte, zu welchen Verbrechen die NS-Politik führen würde, und zu welchen Verbrechen Deutsche fähig sein würden.

Seine Prognose war viel zu optimistisch, die Realität sollte seine Vorstellungskraft überbieten. Doch, und darauf kommt es hier wesentlich an: Der Autor der *Weltbühne* hat mit diesen Worten als scharfer Beobachter seiner Zeit die Kräfte beschrieben, die Hitlers Politik der damaligen Gegenwart trugen. Ich möchte einen der Menschen, die Ossietzky im Sinn hatte, ausschnittsweise zitieren:

Dr. Otto Gillen, Kulturredakteur der *Goslarschen Zeitung* schwelgte unter der Überschrift „Der deutsche Tag von Bad Harzburg“:

„Die Bewegung, die mit unwiderstehlicher wachsender Gewalt Millionen erfasst und entbrannt hat, und die in vielen Stürmen, die bis ins letzte Dorf hinein das deutsche Vaterland durchflutet, sammelt sich in Harzburg in einem Becken, dessen Damm unter der Gewalt des gesammelten Drucks schier zu zerspringen drohte, um alles Morsche, Faule und Halbe hinwegzuschwemmen. ... Wohin am sah, überall begegnete am siegesfrohen und hart entschlossenen Gesichtern, Gesichtern, denen man es ansah, dass es diesen Menschen ernst ist ...“<sup>7</sup> Ein halbes Jahr später, rief dieser Autor und

seine Zeitung zur Wahl Hitlers als Reichspräsident auf, 18 Monate nach Harzburg kriegte er sich in seinen täglichen Kolumnen und wöchentlichen Kulturbeiträgen gar nicht mehr ein im Ergötzen an seinem Führer und der neuen Zeit.<sup>8</sup>

Die Sozialwissenschaft der Weimarer Zeit war dem grau- oder weißgekittelten deutschen Michel schon länger auf der Spur. Der Soziologe Theodor Geiger etwa sprach in seiner 1930 vorgenommenen Analyse des „alten“ und „neuen Mittelstandes“ von beiden Teilen als dem „gesegneten Boden ideologischer Verwirrung“, der sich aus der drohenden Abstiegserfahrung von der Mitte in die Armut speiste. Er erkannte, dass „die falsche Scham über den Abstieg sich oft genug in Hass und Verachtung äußert“<sup>9</sup>, denn wie ein anderer berühmter Soziologe, Georg Simmel, schon 1908 erkannt hatte: „Der Mittelstand allein hat eine obere und untere Grenze, und zwar derart, dass er fortwährend sowohl von dem oberen wie von dem unteren Stand Individuen aufnimmt und an beide solche abgibt.“<sup>10</sup> Er hofft auf den Aufstieg und fühlt sich ständig vom Abstieg bedroht.

Hell und klar denkende Menschen waren damals dennoch wie vor den Kopf geschlagen, was in ihrer Welt geschah. Sebastian Haffner etwa fragte, wie konnte es sein, dass eine Mehrheit im Frühjahr 1933 plötzlich „verschwunden“ war, eine Mehrheit, die doch wusste, was mit Hitler bevor stand. „Was ist mit Ihnen? Gehören sie wirklich zu diesem Irrenhaus? Merken sie nicht, was mit ihnen geschieht – und was in ihrem Namen geschieht? Billigen sie es etwa gar? Was sind das für Leute? Was sollen wir von ihnen halten? Tatsächlich stecken hinter diesen Unerklärlichkeiten sonderbare seelische Vorgänge und Erfahrungen – höchst seltsame, höchst enthüllende Vorgänge, deren historische Auswirkungen noch nicht abzusehen sind.“<sup>11</sup>

Der Mittelstand war die Stütze der NS-Bewegung. Hinter den schon erwähnten Zahlen der Wählerwanderung verbarg sich diese ökonomisch ziemlich diffuse soziologische Kategorie. Der Universitätsprofessor, Schullehrer, Beamte, Redakteur oder Pfarrer zählte zu diesem Kreis ebenso wie der kleine Gewerbetreibende, Händler und Handwerker, der Handlungsgehilfe oder der auf Aufstieg geeichte gewerkschaftlich nicht organisierte Arbeiter – auch, und das soll in diesem Zusammenhang nicht verschwiegen werden, so manche Gewerkschaftsbeamter.

Der amerikanische Soziologe Seymour Lipset dementierte auf der Grundlage genauer Untersuchungen zur Weimarer Zeit die in den Nachkriegsjahren beliebte Auffassung,



nach der die Extremisten zur Diktatur neigen würden, die Gemäßigten der Mitte aber Garanten der Demokratie seien. Er hob hervor, dass die inhaltlich, weltanschauliche Nähe von Nationalsozialismus und damaligem liberalen Demokratismus, etwa dargestellt in den deutschen Volksparteien unterschiedlicher nationalistischer Prägung, eng gewesen sei. Er nannte „Hitler, ein(en) Extremist(en) der Mitte“ denn dieser konnte auf diese zählen „je weiter die wirtschaftliche und soziale Krise in Deutschland sich ausbreitete.“<sup>12</sup>

Bei dieser m. E. nach die Tatsachen treffenden Analyse, bleibt die Frage offen, warum in einer den Mittelschichten ökonomisch mindestens ebenso bedrohlich erscheinenden Zeit, nämlich der Inflationsjahre mit ihrem Höhepunkt 1923, die Hitlerpartei und ähnliche Gruppierungen so gar nicht profitieren konnten, wohl aber 8 Jahre später. Real waren etwa die Mittelschichten als Geldbesitzer von der Inflation 1923 viel drastischer betroffen als von der Weltwirtschaftskrise seit 1929, die die Arbeiterklasse und das Kleinbauerntum beutelte. Doch die Inflationszeit war von relativ kurzer Dauer, die Weltwirtschaftskrise barg perspektivisch dauernde soziale Unsicherheit. Ein zentraler Unterschied zu 1923 war: 1923 war die NSDAP – trotz des Putschversuchs in München – noch ein kleiner Haufen, das rechtsextremistische Lager sehr zersplittert. Den nach Auswegen aus ihrer Misere Suchenden fehlte eine Figur der Verheißung, der sie sich anschließen konnten, die Erlösung versprach, ohne dass sich für sie etwas grundlegend ändern würde.

Dieser Mittelstand ist zwar eine soziologische Kategorie, doch als solche eng an eine bestimmte Ideologie, eine Weltsicht gebunden. Der Mittelstand ist mit spezifischen normativen und ordnungspolitischen Vorstellungen der Gesellschaft von sich selbst eng an das Bestehende gebunden. Seine Glieder ordnen sich neben die Hauptklassen – und die waren damals noch sehr ausgeprägt, weit weniger fragmentiert als heute – als statusfixierte Träger von Ruhe, Ordnung und Ausgleich ein. Sie begreifen sich als Garanten von tradierten, in paternalistischen Strukturen verankerten Normen. Sie haben mit Klassenkampf und Parteienstreit nichts zu tun – allerdings nur solange als etwa Abstiegserfahrungen Einzelschicksale bleiben, zumindest als solche wahrgenommen werden, solange – und das ist sozialpsychologisch zwar ein verstörender aber zentraler Befund – solange die Vorstellung oder die Angst vor dem

Abstieg nicht um sich greift. Doch wenn der manifest droht, dann lösen sich diese lockeren Bande auf. Wenn dann ein Angebot, auf dem politischen Markt Erlösung verspricht, gibt's kein Halten mehr. Mit Hitler bot sich nun die visionäre Chance, aus der Vereinzelung in eine Masse einzutauchen, deren Führer nicht nur Bestandsschutz, sondern Herrschaft versprach.

Man kann es, so zynisch es klingen mag, auch drastischer ausdrücken: Das Versprechen der Herstellung von Rasseherrschaft bot dem Mittelstand die Garantie der sozialen, psychologischen und politischen *Arterhaltung* – bei entsprechender Botmäßigkeit. Doch die aufzubringen war der Deutsche geübt, oder um mit Max Weber zu sprechen: „Politisch betrachtet war und ist der Deutsche in der Tat der spezifische ‚Untertan‘ im innerlichsten Sinn des Wortes und war daher das Luthertum die ihm adäquate Religiosität.“<sup>13</sup> 30 Jahre nach Verfassen dieser Zeilen sollte die lutherische Religiosität durch nationalsozialistische Heilsversprechen abgelöst werden, und der deutsche Untertan entwickelte sich zum Untatentan, denn ihm wurde Erlösung durch Herrschaft angeboten.

Bei der Betrachtung und Analyse dieses Formierungsprozesses des Rechtsextremismus in Weimar, dürfen wir die andere Seite nicht ganz außer Acht lassen.

Dass diese Bewegung so erfolgreich werden konnte, lag nicht nur an ihrer Stärke, auch nicht nur an dem Willen des aggressiven Finanzkapitals zur offenen terroristischen Diktatur, sie wissen, wen ich paraphrasiere, sondern ganz zentral an der Schwäche der Kräfte, die prädestiniert gewesen wären, sie zu bekämpfen: Der Arbeiterbewegung und den bürgerlichen Demokraten. Ich kann auch das hier nicht weiter ausführen, sondern will nur kurz den großen Analytiker des NS-Regimes Franz Neumann zu Wort kommen lassen, der zu den sozialdemokratischen Gebrechen der Weimarer Zeit meinte:

„Das naive Vertrauen auf soziale Reform, Erziehung und Rechtsstaatlichkeit kann die Demokratie selbst gefährden. Sie alle drücken den unpolitischen Charakter des Volkes aus, sie verleugnen oder wollen nicht wissen, dass der Kampf um die Macht der Agent des geschichtlichen Fortschritts ist, das heißt der Kampf um die Kontrolle der Zwangsorganisationen, um Polizei, um Justiz, um Armee, um Bürokratie und Außenpolitik“<sup>14</sup>, und – könnte man ergänzen – der Kampf um die Medien und Meinungshoheit in der Gesellschaft.

Die Erarbeitung und Umsetzung von Strategien zur Eroberung und Sicherung der politischen Macht, die den sozialen Kräfteverhältnissen, den ideologischen Verfasstheiten und den ökonomischen Bedingungen gerecht gewesen wäre, waren ganz gewiss keine Stärke der Arbeiterbewegung und ihrer Parteien. Diese Schwäche wurde begleitet von einer kolossalen Selbstüberschätzung, die in ziemlich diffusen Vorstellungen vom Sozialismus wurzelte. Noch zu Silvester 1932 hatte etwa der Braunschweigische *Volksfreund*, das Organ der regionalen SPD, getitelt: „1932: Faschismus geschlagen – 1933: Sozialismus erringen“<sup>15</sup> – eine tragische Demonstration von Politikunfähigkeit.

Nun – es wäre unredlich, aus diesen Fehlern, die wir in der Retrospektive klar sehen können, irgendwelche Vorwürfe zu konstruieren genauso wie der aufrechte und mutige Kampf vieler Genossen der Linken gewürdigt werden muss. Doch wir dürfen, wir müssen aus politischen Fehlern der Geschichte lernen – deshalb betreiben wir überhaupt Geschichtsforschung. Und eine grundlegende Lehre die ich hier hervorheben will, heißt: Um den materiellen Bestand von Demokratie muss ständig gerungen werden. Nichts ist in unserem Gemeinwesen selbstverständlich, wenn wir uns nicht seiner Pflege widmen. Dieser Aufgabe kommen wir oft nur sehr zögerlich und mehr rhetorisch als praktisch nach.

Der schon erwähnte Arthur Rosenberg hatte seinen Lesern 1928 ins Stammbuch geschrieben: „Die Eigenart der politischen Entwicklung Deutschlands hat es mit sich gebracht, dass bei uns das leere politische Schlagwort, die Illusion und die politische Lebenslüge ein viel größere Rolle spielt als bei andern Völkern.“<sup>16</sup> Nun hat sich bis heute wohl der zweite Teil dieser Aussage relativiert, beim ersten Teil bin ich mir dessen gar nicht so sicher.

Lassen sie mich also zum Schluss meiner Ausführungen nur kurz auf eine zentrale, tief verwurzelte und dabei doch irrige Vorstellung vom Zustand unseres Gemeinwesens, auf unserer *heutige* politische Lebenslüge hinweisen: das ist der Glaube an die demokratische Vitalität und Stabilität der deutschen Mitte. Dieses so kaum definierbare, von allen Parteien umworbene, hofierte und gehätschelte Wesen bundesdeutscher Nachkriegsgeschichte und gesamtdeutscher Gegenwart, scheint sich zu verändern. Um das so wirkungsmächtige Bild von der Zwiebel, der Schelskyschen

„nivellierten Mittelstandsgesellschaft“, dem angeblichen Garanten von Ruhe, Ordnung und Wohlstand, zu bemühen:

Die Mitte beginnt sich zu häuten angesichts der Tatsache, dass die soziale Unsicherheit größer wird, sich die Kluft zwischen arm und reich spreizt, der persönliche Aufstieg keineswegs gesichert ist und der Abstieg droht.

In der neuen alten Republik änderte sich erst leise aber merklich das Verhalten eines bedeutenden Teiles der Mitte und vor allem ihres zahlenmäßigen zunehmenden sozialen Randes. Man verweigerte per Wahlenthaltung die Zustimmung zum republikanischen Parlamentarismus und privatisierte, verharrte sozusagen im stillen Protest des Indifferenten. Nun artikulieren aber Teile dieser Mitte eine andere Art Aufmüpfigkeit. Sie kündigen wortgewaltig und selbsterhebend zentrale Elemente eines demokratischen und sozialen Konsens' auf.

Sekundiert von einem egomanischen Narzissmus vorlebenden Worthülsejongleur Peter Sloterdijk, der den Reichen rät, sich ihrer Pflichten als Citoyen zu entledigen, um sich in feudal-paternalistische Gönnermanier zu gefallen, erhebt sich ein wachsender Teil unserer Gesellschaft in eitler, selbstgefälliger Pose über das Gemeinwesen.

Diese Kreise wollen in Hamburg der Mehrheitsgesellschaft eine Schulform aufzwingen, die ihre Zöglinge von den Unterschichten, wie sie die Armen zu nennen pflegen, abgrenzt. Diese Kreise johlen wie Sekundaner in polizeigesicherten Versammlungen ihrem neuen Star Sarrazin zu, weil er ihnen die Gewissheit gibt, sie seien etwas besonderes, eine besonders erhaltenswerte Art in einer sich fragmentierenden Gesellschaft. Sie dürfen endlich wieder das Wort „asozial“ in den Mund nehmen, ohne dabei sich selbst zu meinen. Diese Kreise sind der Meinung, dass Schwache in unserer Gesellschaft zu viel Unterstützung bekommen und der Islam und seine Gotteshäuser sowieso Teufelszeug sind. Diese Kreise haben nun vorübergehend einen Haupt- und viele Nebensprecher gefunden, die ihre Gene ganz Klasse finden und sie ermuntern, die Spaltung der Gesellschaft voranzutreiben, die Erosion unseres Gemeinwesens zu forcieren.

Neben sei nur bemerkt: Nicht nur die Titel des Hauptwerks von Oswald Spengler aus dem Jahr 1918 und des Pamphlets von Thilo Sarrazin sind sich sehr ähnlich. Damals „der Untergang des Abendlandes“, heute „Deutschland wird abgeschafft.“

Feststellen müssen wir auch: Im Zuge ihres Versuchs, eine medial-kulturelle Hegemonie zu erobern – seinen ersten Höhepunkt hatte diese Strategie vor zwei Jahren im kollektiven 68er-Bashing – produzieren diese Kreise richtig heftigen Geschichtsrevisionismus. Petra Steinbach verlegt die Kriegstreiberei nach Polen, professorale Feuilletonisten spülen im Angriff auf die neue Untersuchung zum Auswärtigen Amt deren Akteure im Dritten Reich und danach weich. In vielen Orten der Republik machen sich selbst ernannte Chronisten auf, historische Erkenntnis der letzten Jahrzehnte durch Anekdoten und auch platte Lügen<sup>17</sup> zu entstellen.

Diese Alltagsbeobachtungen aus der Welt der Mitte werden durch wissenschaftliche Untersuchungen bestätigt: Die neuen Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Forschungsgruppe um Wilhelm Heitmeyer aus Bielefeld formulieren Zustand und Einstellungen dieser Mittelbürger: „Die Mitte in der Krise“ lautet der Titel der FES-Studie zu „rechtsextremen Einstellungen in Deutschland 2010“ Die Autoren betonen, gestützt auf ihre Erhebungen und Umfragen: „Die Bedrohung der Demokratie ist nicht von den Rändern, sondern aus der Mitte der Gesellschaft heraus zu verstehen.“ „Das Phänomen (Rechtsextremismus, P.S.) steht der Gesellschaft scheinbar gegenüber, entspringt aber aus ihrer Mitte“.<sup>18</sup>

Es ist also nicht so, dass, wie noch in den ersten FES-Studien<sup>19</sup> angenommen, unser Problem darin liegt, dass der Rechtsextremismus vom „Rand zur Mitte“ eindringt, sozusagen die Mitte von außen bedroht. Andersherum wird ein Schuh draus: der Rechtsextremismus macht der Mitte Angebote, die Teile von ihr gern aufgreifen möchten. Wir können diesen Vorgang in fast allen europäischen Ländern beobachten. Die Parteien und Organisationen der äußersten Rechten bieten für schwer durchschaubare ökonomische und drängende soziale Probleme einfachste Lösungen wie Ausländer raus oder Kopftuch ab, raus aus der EU für eine nationale Wirtschaft und so weiter. Sie haben in Europa dort einen Schub bekommen, wo sie die Chance hatten, Regierungspolitik mitzubestimmen etwa in Dänemark oder den Niederlanden, wo die Mitte also die Chance sah, Macht auszuüben. In Frankreich prognostizieren die Beobachter einen Zustimmungsschub des Front National nach der Führungsübergabe von Jean-Marie Le Pen an seine Tochter. Der Front National stellt sich auf, um breite Wählerschichten, die bislang Sarkozy oder den Gaullisten folgten, zu rekrutieren. Bei uns halten sich die Wahlerfolge der Rechtsextremisten in Grenzen. Das liegt aber

wesentlich an deren Unfähigkeit, eine Politik, die Machtteilhabe versprechen könnte, zu entwickeln. Das Potenzial in der Mitte ist bei uns genauso vorhanden wie in Europa.

Die Heitmeyergruppe konstatiert: „Der Anteil derjenigen, die sich durch die aktuellen wirtschaftlichen Entwicklungen bedroht fühlt, hat von 47% in 2009 auf 53% in 2010 signifikant zugenommen, was sich auch in aggressive Stimmungen niederschlägt.“<sup>20</sup>

Als Folge stellt die Forschungsgruppe fest: „Wir verzeichnen für die Gesamtbevölkerung einen signifikanten Anstieg von Islamfeindlichkeit (die Erhebung fand noch *vor* der Sarrazin-Debatte statt), der Einforderung von Etabliertenvorrechten und Israel-bezogenem Antisemitismus. ... Besonders auffällig ist die Entwicklung in den höheren Einkommensgruppen. ... Hier beobachten wir, anders als in den Analysen über alle Einkommensgruppen, einen signifikanten Anstieg fast aller Vorurteile, mit Ausnahme von Sexismus und der Abwertung von Behinderten. Eine subjektiv empfundene Krisenbetroffenheit, so der Anschein, führt ins Vorurteil. Ein Trend, der sich auch im Jahr 2010 in aller Deutlichkeit fortsetzt.“<sup>21</sup>

Ich will mit diesen kurzen Hinweisen aus den aktuellen Rechtsextremismusstudien, die eigentlich Studien über die Mitte sind, zum Ende kommen. Gestatten Sie mir noch eine Bemerkung ganz zum Schluss, die sich auf Probleme des täglichen Umgangs der Mitte mit dem Rechtsextremismus bezieht. In der höchst aufschlussreichen Studie zur Politik der NPD in den Kreistagen hier im Land findet sich eine Bemerkung, die ernst zu nehmen ist. Ich zitiere: „Im Kreistag des Landkreises Harz war es in der Regel Peter Lehmann, der Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, der sich der inhaltlichen Auseinandersetzung mit den Initiativen der NPD stellte. ... Lehmann zeigte sich angesichts der Passivität seiner Kollegen enttäuscht. Die getroffene Vereinbarung (die NPD zu ignorieren, P.S.) stelle einen ‚Instrumentenkasten‘ für die politische Auseinandersetzung mit der NPD dar. Die hierin formulierten Möglichkeiten wurden zu seinem Bedauern nicht voll ausgenutzt, weil (so Lehmann, P.S.) diese einfachste Möglichkeit, den Einbringer, in diesem Fall die NPD, reden zu lassen, weiter keine Debatte zu führen, den Antrag [...] einstimmig abzulehnen, weil das so einfach ist und so funktioniert.“<sup>22</sup>

Peter Lehmann fordert, wenn ich ihn richtig verstehe, die Auseinandersetzung mit programmatischen Inhalten und Ideologie des Rechtsextremismus ein, um deren

fundamentalen Gegensatz zu unserer Moral und unseren demokratischen Werten herauszuarbeiten.

Werden wir uns bewusst, dass es bei der Auseinandersetzung mit den neuen Nationalsozialisten gar nicht so sehr um diese geht, sondern um die Gewinnung derjenigen, die aus dem schwierigen und anstrengenden demokratischen Miteinander unseres Gemeinwesen abzudriften drohen.

Wenn wir eine Lehre aus Bad Harzburg 1931 ziehen wollen, dann diese.

---

<sup>1</sup> Redaktionell überarbeiteter und ergänzter Vortrag zur Eröffnung der Ausstellungspräsentation „Harzburger Front. Im Gleichschritt zur Diktatur“ in Wernigerode am 20. Jan. 2011. Die dortige Präsentation des Vereins Spurensuche Harzregion wurde organisiert in Kooperation mit der Stadt Wernigerode, dem Förderkreis Mahn- und Gedenkstätte Veckenstedter Weg im Geschichts- und Heimatverein Wernigerode und der Hochschule Harz. Schirmherr der Ausstellung ist Holger Hövelmann, Innenminister des Landes Sachsen –Anhalt.

<sup>2</sup> Vgl. zu Leben und Werk vergleiche die Beiträge in: Rudolf W. Müller u. Gert Schäfer 1986: Arthur Rosenberg zwischen Alter Geschichte und Zeitgeschichte, Politik und politischer Bildung. Reihe Zur Kritik der Geschichtsschreibung Band 4, Göttingen/Zürich.

<sup>3</sup> Alfred Rosenberg 1972 (13): Geschichte der Weimarer Republik, Frankfurt a. Main (EVA) S. 171. Nach seinem 1928 veröffentlichten Buch *Die Entstehung der Deutschen Republik 1917-1918* erschien die *Geschichte der Deutschen Republik im Exil 1935* in Karlsbad. Beide Bände wurden 1955 bzw. 1961 von Kurt Kersten neu herausgegeben.

<sup>4</sup> Vollständig dokumentiert und von mir kommentiert in dem Projekt *100(0) Schlüsseldokumente Dokumente zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert* der Universität Erlangen in: [www.1000dokumente.de](http://www.1000dokumente.de)

<sup>5</sup> Vgl. Alfred Milatz 1965: Wähler und Wahlen in der Weimarer Republik. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Heft 66, Bonn, Karte 12.

<sup>6</sup> Carl v. Ossietzky 1933: Wintermärchen, in: Die Weltbühne, 3. Jan. 1933 Nr.1 29. Jg. S. 4. Carl v. Ossietzky war kurz vorher aus dem Kerker entlassen worden, in den ihn die Republik wegen Enthüllungen über die Reichswehr für 18 Monate eingesperrt hatte. Wenige Wochen später wurde er von den NS-Machthabern ins KZ verbracht. Er starb 1938 an den Folgen der erlittenen Haft.

<sup>7</sup> Goslarische Zeitung v. 12.10.1931. vgl. auch: Peter Schyga 2007: „Mob und Elite“ oder vom Herrenwahn Intellektueller in: Spurensuche Goslar e.V. (Hg.) Harzburger Front von 1931 – Fanal zur Zerstörung einer demokratischen Republik. Historisches Ereignis und Erinnern in der Gegenwart. Eine Dokumentation. Clausthal-Zellerfeld, S.19-27

<sup>8</sup> Vgl. dazu auch die zahlreichen Zitate in: Peter Schyga 2009: Kirche in der NS-Volksgemeinschaft – Selbstbehauptung, Anpassung und Selbstaufgabe. Die ev.-luth. Gemeinden in Goslar, der Reichsbauernstadt des Nationalsozialismus, Hannover.

<sup>9</sup> Theodor Geiger 1930: Panik im Mittelstand. In: Die Arbeit. Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 55, S.637-654, 641,646.

<sup>10</sup> Georg Simmel 1908: Soziologie. Über die Formen der Vergesellschaftung, Frankfurt a. Main, S. 451f.

<sup>11</sup> Sebastian Haffner 2000(5): Geschichte eines Deutschen. Die Erinnerungen 1914-1933, Stuttgart/München, S.173.

<sup>12</sup> Seymour M. Lipset 1959: Der „Faschismus“, die Linke, die Rechte und die Mitte. In Ernst Nolte (Hg.) 1984: Theorien über den Faschismus, Köln, S.456,461.

<sup>13</sup> Max Weber 2005: Wirtschaft und Gesellschaft, Zweiter Teil, Frankfurt a. Main (Verlag 2001); S. 830 (Zweiter Teil Kap. IX 4. Abschnitt).

<sup>14</sup> Franz Neumann 1967: Demokratischer und autoritärer Staat. Studien zur politischen Theorie, Frankfurt a. Main, S. 255

<sup>15</sup> Zit. n.: Martin Grubert 2010: Heinrich Jasper (1875-1945). Anwalt der Demokratie, Braunschweig, S.381

<sup>16</sup> Arthur Rosenberg 1928: Die Entstehung der Deutschen Republik 1871-1918, Berlin. Zit. n. Gert Schäfer: Die Geschichtsschreibung und politische Erfahrung bei Arthur Rosenberg. In R.W. Müller/G. Schäfer a.a.O., S. 115.

<sup>17</sup> Ein Beispiel aus der Nähe: Im „Uhlenklippelspiegel“, dem Mitteilungsblatt (Auflage 800) des Bad Harzburger Geschichtsvereins, darf in fast jeder Nummer ein Hans Kuhne Geschichtsfälschung betreiben. Ein Beispiel: Unter dem Titel: „Gegen das Vergessen. Ein bisschen Geschichte für jedermann“ wird die Hitlersche Kriegstreiberei und Eroberungspolitik in Friedenssehnsucht gekleidet und den Alliierten die Verantwortung für den 2. Weltkrieg auferlegt: „Die Hoffnung der Menschen in Deutschland auf ein baldiges Kriegsende nach dem Polenfeldzug erfüllte sich nicht. Der am 30. November 1939 ausgebrochene finnisch-russische Winterkrieg

---

machte deutlich, dass die Mächte, die eine Kriegserweiterungspolitik betrieben, für Friedensverhandlungen im großen Rahmen kein Verständnis aufbrachten. Den zunächst rein europäischen Krieg wollten sie nicht ausklingen lassen.“ (Nr. Nov. 2010, S.42)

<sup>18</sup> Oliver Decker, Marliese Weißmann, Johannes Kiess, Elmar Brähler 2010: Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010, Herausgegeben von Nora Langenbacher (FES), Berlin, S.28 u. 58.

<sup>19</sup> Vgl. dazu Peter Schyga 2007: Auch „deutsche Zustände“ haben eine Geschichte. Über die Zunahme rechtsextremistischer Weltbilder in der „Mitte“, in: Kommune 1/07, 25. Jahrgang, S. 29-31

<sup>20</sup> Heitmeyer, Wilhelm 2010, Disparate Entwicklungen in Krisenzeiten, Entsolidarisierung und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, in: ders. (Hg.), Deutsche Zustände. Folge 9., Berlin, S. 13-33.

<sup>21</sup> Eva Groß/Daniela Krause 2011: Krisenwahrnehmungen und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, S. 3 -4 MS. Vortrag auf der Tagung „Mit der Krise Leben“ v. 12.-13-Nov.2010 in Hannover. Wird veröffentlicht in: Loccumer Initiative Kritischer WissenschaftlerInnen (Hg.) 2011: Krise ohne Ende. Reihe Kritische Interventionen Heft 12, Hannover (Offizin).

<sup>22</sup> Pascal Begrich, Thomas Weber, Roland Roth 2010: Die NPD in den Kreistagen Sachsen-Anhalts. Forschungsbericht zur kommunalpolitischen Arbeit der extremen Rechten sowie zu Formen und Strategien der demokratischen Auseinandersetzung, Magdeburg, S.77.